

Halle, Montag, 17. Juni 2024

Zum Treffen der Regierungschefs: Migrant*innenorganisationen fordern Bekenntnis zu Migration, Teilhabe und gegen rechte Gewalt

Am 18. Juni treffen sich die Ministerpräsidenten der ostdeutschen Bundesländer in Wittenberg, um über die Zukunft der Region zu beraten. Mit dabei: Bundeskanzler Olaf Scholz. In Anbetracht der jüngsten Wahlerfolge der AfD sind Migrant*innenorganisationen nicht nur besorgt, sondern von den Ergebnissen dieser Wahlen unmittelbar betroffen. Die hier lebenden Migrant*innen brauchen eine sichere Zukunfts- und Bleibeperspektive. Daher ist es wichtig, dass die folgenden Themen während des Treffens berücksichtigt werden.

Klares Bekenntnis zur Migration in Ostdeutschland

Die ostdeutschen Bundesländer müssen ein klares und öffentliches Bekenntnis zur Migration abgeben. Migration bereichert unsere Gesellschaft kulturell, wirtschaftlich und sozial. Wir fordern die Regierungschefs auf, die Vorteile von Migration anzuerkennen und Initiativen zur Förderung einer Willkommenskultur zu unterstützen. Nur durch eine aktive Integrationspolitik können wir die Potenziale von Migrantinnen und Migranten voll ausschöpfen.

Mehr Teilhabe wagen

Es ist essenziell für eine inklusive und gerechte Gesellschaft, die Teilhabe von Migrant*innen an allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern. Berufliche, politische und gesellschaftliche Partizipation ist ein Schlüssel für einen zukunftsfähigen und attraktiven Standortfaktor. Wir appellieren an die Regierungschefs, Maßnahmen zur zügigen Anerkennung ausländischer Abschlüsse, zur beruflichen Weiterbildung und zur Förderung von Migrant*innenorganisationen zu ergreifen.

Klare Kante gegen rechte Gewalt und Anfeindungen

Angesichts des Erstarkens extrem rechter Kräfte in der Region fordern wir eine klare Haltung gegen rechte Gewalt und Ressentiments. Rassismus und Diskriminierung dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Es ist notwendig, dass die Politik sich öffentlich gegen rechte Gewalt positioniert, die Opfer solcher Taten unterstützt und Präventionsarbeit intensiviert. Die Strafverfolgungsbehörden müssen befähigt werden, effektiv gegen Hasskriminalität vorzugehen.

Anlässlich des Treffens der ostdeutschen Regierungschefs mit Bundeskanzler Scholz heben die Migrant*innenorganisationen diese dringenden Anliegen mit Nachdruck hervor. Eine starke, geeinte Stimme für Migration, Teilhabe und gegen rechte Gewalt ist nun ein unerlässliches Gebot, um eine friedliche und sichere Zukunft für alle Menschen in Ostdeutschland zu gestalten.

Über das LAMSA:

Das Landesnetzwerk (LAMSA) wurde im Jahr 2008 gegründet und vertritt seither die politischen, wirtschaftlichen und sozialen, sowie kulturellen Interessen der Menschen mit Migrationsgeschichte auf Landesebene. Es versteht sich als deren Fürsprecher und steht gegenüber der Landesregierung, allen migrationspolitisch relevanten Verbänden, Institutionen und weiteren Migrant*innenorganisationen in anderen Bundesländern als Ansprechpartner zur Verfügung. Im März 2014 gründete LAMSA einen gemeinnützigen Verein. Derzeit sind 110 Organisationen und Einzelpersonen unterschiedlicher Herkunft, kultureller Prägung sowie religiöser Zugehörigkeit im LAMSA vertreten.



Für weitere Fragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gern zur Verfügung.

Kontakt:

Mamad Mohamad

Geschäftsführer des LAMSA e.V.

Tel.: (0345) 171 94 051 | Mobil: 0176 444 089 69

E-Mail: mamad.mohamad@lamsa.de | Web: www.lamsa.de